STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle: FB 6 / Fachbereich 6 - Stadtplanung und Bauordnung

Sitzungsvorlage

Datum: 02.06.2020

Drucksache Nr.: **20/0214**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss	25.06.2020	öffentlich / Vorberatung
Rat	02.09.2020	öffentlich / Entscheidung

Betreff

14. Änderung des Flächennutzungsplanes Aufhebung des alten Aufstellungsbeschlusses, Beschluss zur Neuaufstellung sowie zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgende Beschlüsse zu fassen:

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses der 14. Änderung des Flächennutzungsplanes vom 04.07.2018.

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt für das Gebiet in der Gemarkung Buisdorf nördlich der Straße „Auf dem Sand“, Flur 4, Parzelle 2, 3, 4, 41, 42 jeweils teilweise, die 14. Änderung des Flächennutzungsplanes aufzustellen.

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt für das Gebiet der 14. Änderung des Flächennutzungsplanes die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen, sobald die erforderlichen Gutachten vorliegen.“

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches sind dem Geltungsbereichsplan von Juni 2020 zu entnehmen.

Sachverhalt / Begründung:

In der Sitzung am 04.07.2018 beschloss der Rat der Stadt Sankt Augustin für das Gebiet in der Gemarkung Niederpleis, Flur 8, Parzelle 9 teilweise (Geltungsbereich 1) und in der Gemarkung Buisdorf, Flur 4, Parzelle 40 und 42 jeweils teilweise (Geltungsbereich 2) die 14. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB aufzustellen und in der Sitzung am 05.12.2018 die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Geltungsbereich 1 sollte als Sondergebiet „Anlagen für die Erforschung, Entwicklung und Nutzung regenerativer Energien“ zur Realisierung einer Pellet Anlage sowie eines Re- und Upcycling Centers der RSAG ausgewiesen werden. Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung hat die Bezirksregierung Köln erhebliche Bedenken gegen die Planung geäußert und darauf hingewiesen, dass eine Bebauung des Standortes aus abfallrechtlicher und deponietechnischer Sicht nicht genehmigungsfähig sei. Auch würde die Planung den raumordnerischen wie landesplanerischen Zielen entgegenstehen. Daher und aufgrund der Priorisierung von zunächst anderweitigen Vorhaben durch die RSAG wird von einer Fortführung des Verfahrens an dieser Stelle abgesehen. Geltungsbereich 1 wird nicht weiter berücksichtigt.

Geltungsbereich 2 war als Sondergebiet „Anlagen, die der Gewinnung erneuerbarer Energien dienen – Photovoltaik“ im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens Nr. 636 „Auf dem Sand – Süd“ zur Realisierung einer PV-Freiflächenanlage vorgesehen. Auch gegenüber diesem Verfahren sprach die Bezirksregierung Köln im Zuge der frühzeitigen Beteiligung zur Wahl des Standortes naturschutzfachliche Bedenken aus. Nach Abstimmung mit der Bezirksregierung soll die PV-Anlage nun nördlich der Deponiestraße unter den Hochspannungsleitungen und in der Nähe der Autobahntrasse errichtet werden, um die Auswirkungen auf Natur und Landschaft zu minimieren. Aus diesem Grund soll Geltungsbereich 2 nach Norden verschoben und das Verfahren der 14. Änderung des Flächennutzungsplanes neu aufgestellt werden. Der ehemalige Geltungsbereich 2 wird nicht weiterberücksichtigt.

Die 14. Änderung des Flächennutzungsplans umfasst somit einen Geltungsbereich in der Gemarkung Buisdorf nördlich der Straße „Auf dem Sand“, Flur 4, Parzelle 2, 3, 4, 41, 42 jeweils teilweise, und soll im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB mit dem Bebauungsplanverfahren Nr. 636 „Auf dem Sand – Nord“ (Drucksache-Nummer 20/0213) neu aufgestellt werden. Der Landschaftspflegerische Fachbeitrag sowie der LFB-Maßnahmenplan sind der Sitzungsvorlage zu dem genannten Bebauungsplanverfahren als Anlage beigefügt.

In Vertretung

Rainer Gleß
Erster Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf €.

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan zur Verfügung.

- Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von
 über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.
 über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen. Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.

- Bei der Maßnahme wurden inklusionsrelevante Aspekte berücksichtigt.
 Die Maßnahme hat keine Auswirkungen auf die Inklusion.

Anlagen

- FNP 14. Änderung (Anlage 1)
- FNP Geltungsbereichsplan (Anlage 2)
- FNP Begründung (Anlage 3)
- Stellungnahme BZR Köln v. 14.03.18 (Anlage 4)
- Stellungnahme BZR Köln v. 27.03.19 (Anlage 5)
- Auszug NS UPV v. 20.06.2018 (Anlage 6)